

<b>Protokoll:</b>	<b>Verwaltungsausschuss des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart</b>	<b>Niederschrift Nr.</b>	646
		<b>TOP:</b>	1b
<b>Verhandlung</b>		<b>Drucksache:</b>	
		<b>GZ:</b>	
<b>Sitzungstermin:</b>	04.12.2019		
<b>Sitzungsart:</b>	öffentlich		
<b>Vorsitz:</b>	EBM Dr. Mayer		
<b>Berichterstattung:</b>	Herr Dr. Bernhard (Vertrauensanwalt)		
<b>Protokollführung:</b>	Herr Häbe / pö		
<b>Betreff:</b>	<b>Vorstellung Herr Dr. Bernhard</b>		

Die zu diesem Tagesordnungspunkt gezeigte Präsentation ist dem Protokoll als Dateianhang hinterlegt. Dem Originalprotokoll und dem Protokolle exemplar für die Hauptaktei ist sie in Papierform angehängt.

Von Herrn Dr. Glinder (RPA) wird einführend vorgetragen, in § 8 Rechnungsprüfungsordnung sei geregelt, dass das Rechnungsprüfungsamt (RPA) die Aufgabe der zentralen Antikorruptionsstelle übernimmt. Diese Aufgabe bestehe in der Prävention und der Bekämpfung von Korruption. Ein wichtiger Bestandteil der Korruptionsbekämpfung sei ein Hinweisgebersystem. Bestandteil davon wiederum sei der Vertrauensanwalt, Herr Dr. Bernhard.

Damit das Hinweisgebersystem funktioniere, müssten folgende zwei Bedingungen erfüllt sein:

1. Die städtische Mitarbeiterschaft und die Bürgerschaft müssten Kenntnis von diesem System haben.
2. Es müsse darüber Klarheit bestehen, an wen man sich wenden könne.

Dazu sei Öffentlichkeitsarbeit erforderlich. In diesem Zusammenhang wolle sich das RPA bei der Abteilung Kommunikation (L/OB-K) bedanken. Mit dieser Abteilung sei ein Flyer erarbeitet worden. Dieser liege heute im Sitzungssaal aber auch an der Rathauspforte sowie in den Bezirksrathäusern aus. Gemeinsam mit der Abt. Integration (SI-IP)

solle dieser Flyer in weitere Sprache übersetzt werden, und zudem werde mit L/OB-K ein Erklärvideo erarbeitet (vergleichbar mit der Vorgehensweise beim Bürgerhaushalt). Ziel sei, potenziellen Hinweisgebern das System bekannt zu machen und sie darüber zu informieren, an wen sie sich (anonym), ohne Repressalien befürchten zu müssen, wenden könnten.

Das Thema an sich werde wichtiger, und es werde in Bälde dazu auch einen gesetzlichen Rahmen geben. Zum einen sei in den nächsten zwei Jahren die vor Kurzem verabschiedete EU-Whistleblower-Richtlinie in nationales Recht umzusetzen. Dabei werde einiges vorgegeben, wie ein Hinweissystem auszusehen habe. Dies werde auch für Kommunalverwaltungen gelten. Des Weiteren werde durch das Verbandssanktionengesetz, der Entwurf sei gerade von der Bundesregierung vorgelegt worden, einiges zu internen Ermittlungen ausgesagt. Dies sei ebenfalls für die Kommunalverwaltungen, zumindest zu einem gewissen Teil, wichtig.

Danach berichtet Herr Dr. Bernhard eingehend im Sinne der Präsentation.

Dem Dank von EBM Dr. Mayer für den Bericht schließen sich StRin Yüksel (FDP) und StR Rockenbauch (Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei) an. Gegenüber StRin Yüksel teilt Herr Dr. Bernhard mit, in dem Jahr, seit er diese Aufgabe wahrnehme, seien sieben Hinweise bei ihm eingegangen.

StR Rockenbauch berichtet, die Ratsmitglieder erhielten sehr viele Einladungen zu Premieren etc. Er fragt nach, ab wann deren Annahme problematisch wird; er selbst nehme diese Einladungen aus grundsätzlichen Erwägungen nicht an. Beispielhaft führt er eine Einladung zum Weltweihnachtszirkus für zwei Personen an (Wert: 60 €/Person). Zum Weltweihnachtszirkus, so EBM Dr. Mayer, gebe es wohl eine Beauskunftung durch die Geschäftsstelle des Gemeinderats. Das RPA sei aber selbstverständlich frei, die Frage heute mitzunehmen, um eine Art Leitfaden zu entwickeln und Grundlagen darzulegen. Diese Grundlagen würden sich im Wesentlichen aus dem gemeinderätlichen Ehrenkodex ergeben. Laut diesem Kodex müsse es einen Zusammenhang zu der gemeinderätlichen Arbeit geben. Zum Weltweihnachtszirkus vertrete die Verwaltung die Auffassung, nicht zuletzt hinsichtlich der Diskussionen über das Wildtierverbot in Zirkussen, dass es einen hinreichenden kommunalpolitischen Zusammenhang gebe. Die Annahme von Freikarten sei in drei Fallkonstellationen gestattet. Eine davon sei, ein Bezug zu der Gemeinderatsarbeit.

Herr Dr. Glinder verweist ebenfalls auf den Ehrenkodex sowie darauf, dass Fragen durch den Ehrenrat geklärt werden können. Seine Aussage ergänzend, dass es natürlich Grenzen gibt, nennt er VIP-Freikarten.

Nachdem StR Rockenbauch VIP-Karten für die Mercedes-Benz-Arena sowie Ratsentscheidungen zum Ausbau dieses Stadions angesprochen hat, teilt EBM Dr. Mayer mit, das Angesprochene werde als Auftrag mitgenommen. Das Haupt- und Personalamt solle gemeinsam mit dem RPA ein Merkblatt entwerfen.

Nachdem sich keine weiteren Wortmeldungen ergeben und er sich bei Herrn Dr. Bernhard für dessen Kommen und dessen Arbeit bedankt, schließt EBM Dr. Mayer diesen Tagesordnungspunkt ab.

Zur Beurkundung

Häbe / pö

## Verteiler:

- I. OB-PR  
zur Weiterbehandlung  
OB/82  
Rechnungsprüfungsamt  
OB-ICG
  
- II. nachrichtlich an:
  1. Herrn Oberbürgermeister
  2. S/OB  
Strategische Planung  
S/OB-Mobil
  3. Referat AKR  
Haupt- und Personalamt  
Rechtsamt  
Standesamt  
Kulturamt (2)
  4. Referat WFB  
zur Weiterbehandlung  
Stadtkämmerei (2)  
Liegenschaftsamt (2)
  5. Referat SOS  
Statistisches Amt (2)  
Amt für öffentliche Ordnung  
Branddirektion (2)  
Amt für Sport und Bewegung (2)
  6. Referat JB  
Schulverwaltungsamt (2)  
Jugendamt (2)
  7. Referat SI  
Jobcenter  
Sozialamt (2)  
Gesundheitsamt (2)  
SI-IP  
SI-BB  
ELW (2)
  8. Referat SWU  
Amt für Umweltschutz  
Amt für Stadtplanung u. Wohnen (3)  
Baurechtsamt (2)
  9. Referat T  
Stadtmessungsamt  
Hochbauamt (2)  
Tiefbauamt (2)  
Tiefbauamt/SES (3)  
Garten-, Friedhofs- und Forstamt (2)  
AWS (2)  
BBS (2)
  10. GPR (2)
  11. L/OB-K
  12. Hauptaktei
  
- III.
  1. Fraktion Bündnis 90/  
DIE GRÜNEN
  2. CDU-Fraktion
  3. Fraktionsgemeinschaft  
Die FrAKTION LINKE SÖS  
PIRATEN Tierschutzpartei
  4. SPD-Fraktion
  5. FDP-Fraktion
  6. Fraktion FW
  7. AfD-Fraktion
  8. Fraktionsgemeinschaft PULS